

Der Maler

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Erscheint Sonnabends
Abonnementpreis 1,50 M pro Quartal
bei freier Zusendung unter Kreuzband 2 M

Schriftleitung und Geschäftsstelle:
Hamburg 26, Klaus-Groth-Strasse 1, 1. Stod
Fernsprecher: Nordsee 8246

Postcheckkonto:
Vermögensverwaltung des Verbandes
Hamburg 11598

Setzt die Werbearbeit fort!

Der Aufruf zu einer besonderen Werbearbeit hat in unserer Kollegenschaft freudigen Widerhall gefunden. Das zeigen schon jetzt die noch sehr unvollständigen Nachrichten eines Teiles unserer Filialverwaltungen und Bezirksleiter mit größter Deutlichkeit.

Schon während der Werbewoche gingen bei der Hauptverwaltung zahlreiche Bestellungen auf Mitgliedskarten und Anträgen auf Nachzahlung größerer Beitragsrückstände ein. In großer Zahl werden andauernd Mitgliedsbücher anderer Verbände zur Vollziehung von Uebertritten von Kollegen eingesandt, die wieder zum Malergewerbe zurückkehren. Mehr als erwartet, wurden auch Flugblätter nachbestellt und eine größere Zahl des „Maler“ angefordert, ein untrügliches Zeichen von eingetretener Mitgliederzunahme.

In den veranstalteten Versammlungen, in denen meist die Bezirksleiter referierten, und bei den Hausagitationen wurden zahlreiche Aufnahmen vorgenommen und die Bücher rückständig Gebliener in Ordnung gebracht. Die kleinen Filialen und Zahlstellen, die die schlimme Not des letzten Winters ruinierte, sind schon fast restlos wieder intakt, neue wurden gegründet und andere sollen, meist von den größeren Filialen aus, in den nächsten Wochen herangeholt werden.

Mehrere große Filialen, die durch besonders widrige Verhältnisse erheblich gelitten hatten, meldeten, daß sie auf den ersten Anlauf hin schon wieder den höchsten Stand des Vorjahres überschritten haben.

Als besonders wirksam hat sich die Buchkontrolle auf den Arbeitsstellen und in den Betriebsversammlungen erwiesen. In den Orten, wo man auf der Höhe ist, wurden Kollegen der größeren Geschäfte zur Weibringung von Bisten der in diesen Beschäftigten veranlaßt. Diese wurden an der Hand des Stammregisters der Filiale gestrichelt, und dabei stieß man dann auf manchen alten Bekannten, der es immer und auch in der letzten Zeit verstanden hatte, sich vom Beitragszahlen zu drücken. Andere wieder hatten sich überhaupt verborgen gehalten; sie galten deshalb als verschollen. Und auch solche wurden entlarvt, die sich fälschlich als stramm organisiert und prompte Beitragszahler ausgegeben und damit selbst gut informierte Kollegen lange Zeit dupiert hatten. Auch bisherige Kleinmeister, die nun wieder als Gehilfen gehen, konnten festgestellt und organisiert werden. So wurden denn viele als zu leicht befunden. Man sollte aus solchen Beobachtungen erkennen, daß hier größtes Mißtrauen geboten ist; erst, wenn man das Mitgliedsbuch gesehen und sich überzeugt hat, daß auch die Beiträge bis in die letzten Wochen hinein gezahlt sind, darf man sich als befriedigt erklären.

Natürlich reicht der kurze Zeitraum einer Woche nicht aus, um die jetzt erforderliche Werbearbeit nach allen Richtungen hin zu erledigen. So war unser Aufruf auch nicht gemeint. Die Werbearbeit darf niemals erlahmen. Auch hier bedeutet Stillstand Rückschritt.

Wo noch keine Versammlung stattfand, ist das nachzuholen. Die Hausagitation, Nachkassierung und Buchkontrolle muß alle Kollegen erfassen; wer nicht angetroffen wird, muß wiederholt besucht werden. Keine Werkstelle oder Lackierereiabteilung, in denen nicht in diesen Wochen Betriebsversammlungen stattgefunden haben, darf es geben. Und wer nicht in Versammlungen oder in der Wohnung zu fassen war, muß auf der Arbeitsstelle aufgesucht werden. Ueberhaupt sollte der Besuch vor allem der größeren Arbeitsstellen von den Filialleitungen planmäßig organisiert und in kürzeren Zwischenräumen durchgeführt werden.

So ergeht denn an unsere Filial- und Zahlstellenverwaltungen und an alle nicht teilnahmslos beiseite stehenden Kollegen der Ruf: Agitiert und organisiert unausgesetzt. Stärkt den Verband und sorgt für seine finanzielle Ausrustung!

Wie müssen die Gewerkschaften den Wohnungsbau fördern?

„Was sollen die Gewerkschaften nicht alles fördern, was mutet man uns zu? Die Gewerkschaften sind doch nicht dazu da, alle Sünden der privatkapitalistischen Wirtschaft zu heilen? Wer uns diese Aufgabe stellt, verzetzt die Kräfte der Gewerkschaften und macht sie vollends sturmreif für das Unternehmertum. Also verschont uns mit neuen Aufgaben. An der Lösung der alten haben wir noch mehr als genug zu tun. Und heute, wo das Privatkapital den Achtstundentag berennt und die Löhne abbaut, wäre es geradezu ein Verbrechen, wenn wir die Zeit, die Kraft und die Mittel der Gewerkschaften für neue Aufgaben zur Verfügung stellen sollten.“

So ungefähr wird der Gewerkschaftsführer denken, wenn er die Ueberschrift dieser Anregung liest. Auch die Masse der Arbeiter? Gewiß, ein gewerkschaftlich geschulter Arbeiter weiß, was eine Konzentration der Kräfte im Kampf bedeutet. Auch ihm liegt das Hemd näher als der Rock. Höhere Löhne und bessere Arbeitsbedingungen erscheinen ihm zunächst wichtiger als die Teilnahme der Gewerkschaften an den allgemeinen Problemen der Wirtschaft. Diese Teilnahme wird ihm noch weniger wichtig erscheinen, wenn man von ihm Opfer erwartet, die zunächst keine für jeden einzelnen sichtbaren Erfolge zeitigen. Aber der Arbeiter und Angestellte ist nicht nur Lohn- und Gehaltsempfänger, sondern auch Lohn- und Gehaltsausgeber, er ist nicht nur Produzent, sondern auch Konsument. Und gestehen wir offen, daß die Gewerkschaften die Sorgen und die Schmerzen der Lohnausgeber nicht in dem Maße mitgetragen hier klafft eine Lücke in der gewerkschaftlichen Betätigung, eine Lücke, die jedem Arbeiter fühlbar ist, und auf keinem Gebiet heute so fühlbar wird als auf dem Gebiete der Versorgung mit Wohnräumen.

Um die Sicherstellung der Ernährung bemühen sich die Konsumgenossenschaften so schlecht und recht, wie es ihre Kräfte gestatten. Für die Sicherstellung der Bekleidung haben die Gewerkschaften hin und wieder bescheidene Anläufe genommen. Um die Sicherstellung des Wohnraumes der arbeitenden Volksklassen hat sich aber bisher keine Organisation der Lohn- und Gehaltsempfänger bemüht, sofern man von der sehr beschränkten und öftte jeden Kontakt mit den Gewerkschaften arbeitenden Tätigkeit der einzelnen Bauerngenossenschaften abliest. Und doch ist die Versorgung der minderbemittelten Volksklassen mit Wohnraum heute einer der wichtigsten Aufgaben, die die Organisationen der schaffenden Volkskräfte in die Hand nehmen müssen. Ohne Ernährung und Kleidung kann der Mensch nicht leben. Der Konsum dieser beiden lebenswichtigen Güter läßt sich zur Not einschränken. Die Wohnung läßt sich aber weder entbehren noch erbetteln. Sie muß da sein, sie muß produziert werden. Aber die Besitzer des produzierenden Privatkapitals, die mit Wohnungen versorgt sind, haben an der Produktion von Wohnungen das geringste Interesse. Wird die Produktion von Nahrung und Kleidung eingeschränkt oder teurer, so fühlen es auch die oberen Schichten des Volkes. An der Einschränkung oder gar Stilllegung der Wohnungsproduktion hat das Privatkapital unter Umständen sogar ein sehr wichtiges Profitinteresse, weil damit die Mieten und mit diesen die Bodenpreise und die Grundrenten, kurz das arbeitslose Einkommen, erhöht wird. Die breiten Massen des werktätigen Volkes sind im höchsten Grade erbittert darüber, daß sie in der heutigen Wohnungsnot einem im wahren Sinne des Wortes „trotzlosen“ Schicksal überlassen sind. Gerade der Nachwuchs der Gewerkschaftsmitglieder wird durch die Wohnungsnot am härtesten betroffen.

Veranschaulichen wir uns kurz, um welche Massen es sich hierbei handelt. Vor dem Kriege wurden in Deutschland jährlich etwa 200 000 bis 300 000 neue Wohnungen erbaut. Dieser Umfang der Bautätigkeit war notwendig, um den Bevölkerungszuwachs (jährlich rund 260 000 Haushaltungen) zu behaupten und um einen Ersatz für die durch hohes Alter undranahbar gemordenen Wohnungen zu schaffen. Nach dem Kriege haben wir durchschnittlich und jährlich etwa 40 000 bis 50 000 neue Wohnungen erbaut. Schon hieraus ergibt sich für die fünf Nachkriegsjahre ein Fehlbetrag von etwa 1 000 000 Kleinwohnungen. Zu diesem Fehlbetrag kommt aber noch hinzu der Bedarf an Wohnungen, der durch die ausgewiesenen und flüchtigen Familien und die aus den Kolonien und aus dem Ausland zurückgekehrten Auslandsdeutschen entstanden ist. Insgesamt kann der Fehlbetrag an Wohnungen in Deutschland zurzeit auf 1 1/2 Millionen oder 19 % des normalen Sollbestandes geschätzt werden. Mit andern Worten etwa 10 Generationen von Wohnungsbedürftigen sind zurzeit in Deutschland unversorgt. Die Mehrzahl dieser Unversorgten gehört den arbeitenden Volkschichten an. Besteht in Deutschland irgendeine Organisation, die sich der Wohnungsnot der minderbemittelten Volksklassen tatkräftig annimmt? Reich, Länder und Gemeinden haben nach dem Kriege wohl eine Wohnungsfürsorgepolitik

betrieben. Aber abgesehen von ihrer Unzulänglichkeit kann diese Wohnungspolitik — von Ausnahmen abgesehen — mehr den bemittelten Volkschichten als den unbemittelten zugute. Die Wohnungsfürsorgegesellschaften wurden aus hier nicht weiter zu erörternden Gründen gleichfalls auf eine Politik zugunsten derjenigen Volkskreise eingestellt, die aus eigener Tasche namhafte Geldmittel für den Bau von Wohnungen aufbringen konnten. Die Bauerngenossenschaften waren schon auf Grund ihrer gesellschaftlichen Konstruktion nicht in der Lage, eine tatkräftige Wohnungsfürsorgepolitik zu betreiben, weil sie mehr auf Verwaltung als auf Neubau eingestellt waren. Lediglich die nach dem Kriege geschaffenen Treuhandstellen für Bergmannsiedlungen haben eine konsequente Arbeiterwohnungsfürsorgepolitik verfolgt. Aber diese Treuhandstellen und Siedlungsgesellschaften der Bergarbeiter sind nach der Veseitigung ihrer wichtigsten Finanzquelle, der Kohlenabgabe, zur Liquidation gezwungen.

Aus allen diesen Erwägungen heraus hat sich der ADGB, in Verbindung mit dem Afa-Bund und dem Allgemeinen deutschen Beamtenbund entschlossen, eine „Reichswohnungsfürsorgeaktiengesellschaft für Beamte, Angestellte und Arbeiter“ („Newog“) zu schaffen, deren ausschließliche Aufgabe es ist, als Treuhänder der Wohnungsinteressen der minderbemittelten Volksklassen aufzutreten und diese Interessen nicht nur vor den öffentlichen Organen — Reich, Staat und Gemeinden —, sondern auch vor allen andern Instanzen des privaten und öffentlichen Bau- und Wohnungsmarktes zu vertreten und die Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksklassen nach dem Grundsatz der organisierten Produktion für den organisierten Konsum zu fördern.

Wir können dem Einwand durchaus zustimmen, daß die Gewerkschaften selbst neben der gehäuften Arbeit für die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen nicht auch noch die Wohnungsfürsorge ihrer Mitglieder ihrem Arbeitsfeld machen können. Die Gewerkschaften brauchen ein sachverständig geleitetes und von dem Vertrauen der breiten Masse getragenes wirtschaftlich arbeitendes Organ, das ihnen, wie die Konsumgenossenschaften auf dem Gebiete der Ernährung, die Wohnungsfürsorge abnimmt. Dieses Organ ist mit der „Newog“ geschaffen. Diese Gesellschaft wird sich als Spitzenorgan der Wohnungsfürsorge der minderbemittelten Volksklassen seine bezirklichen und örtlichen Tochtergesellschaften schaffen, auf die die Gewerkschaften einen maßgebenden Einfluß nehmen müssen.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die wirtschaftliche Macht der Gewerkschaften durch eine zielbewusste Organisation der Wohnungsinteressenten außerordentlich gestärkt wird. Sie wird nicht nur dadurch gestärkt, daß die Gewerkschaftsmitglieder von der neuen gemeinnützig arbeitenden Gesellschaft direkt wirtschaftliche Vorteile auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge zu erwarten haben. Die gemeinwirtschaftlichen Ziele der Gesellschaft greifen auch tief in die Organisation der Wirtschaft ein und sind darauf abgestellt, die privatkapitalistische Wohnungsproduktion durch eine gemeinwirtschaftliche Wohnungsproduktion abzulösen.

Die von den Gewerkschaften gegründeten und unterstützten sozialen Baubetriebe, die sich die Wohnungsproduktion in erster Linie zu ihrem Arbeitsfeld gemacht haben, sind heute bereits zu leistungsfähigen Wirtschaftsgebilden erstarkt und haben in den wenigen Jahren ihres Bestehens mehr als 25 000 Kleinwohnungen erbaut. Wenn sie dem Privatkapital die Wohnungsproduktion nicht völlig aus der Hand nehmen konnten, so lag das nicht daran, daß sie hierzu nicht imstande gewesen wären, sondern ausschließlich daran, daß es an einer organisierten, gemeinwirtschaftlich arbeitenden Bauherrenorganisation als Vermittler zwischen den Produzenten (bauausführenden Betrieben) und den Konsumenten (Wohnungsbedürftigen) gefehlt hat, und fernerhin daran, daß die Konsumenten auf dem Wohnungsmarkt keine die minderbemittelten Volksklassen ausschließliche vertretende Interessenorganisation besaßen. Gelingt es, die „Newog“ als einen leistungsfähigen Mittler in die Wohnungsproduktion einzuschalten, dann wird das Werk der Gemeinwirtschaft auf dem Gebiete des Bau- und Wohnungswesens auch bald zu durchgreifendem Erfolge geführt werden. Die minderbemittelten Volksklassen werden dann ihren gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau-Trust haben, der sich dem Privatkapital mit um so größerer Aussicht auf Erfolg entgegenstellen kann, als der private Baumarkt heute noch sowohl in technischer, als auch in wirtschaftlicher und organisatorischer Beziehung der rückständigste Gewerbebezirk ist, den es in Deutschland gibt. Der Vorprung des gemeinwirtschaftlichen Wohnungsbau-Trustes wird von dem Privatkapital nicht einzuholen sein, wenn die Konsumenten und Wohnungsbedürftigen als Hauptauftraggeber ihren Wohnungsbedarf durch den gemeinwirtschaftlichen Trust decken lassen und ihm auch ihr

Kollegen! Schließt die Reihen, schafft überall Aufklärung, daß nur in einer starken Organisation der alleinige Schutz und die Macht gegen Ausbeutung und Reaktion liegen!

Spartkapital zur Durchführung seiner Aufgaben zur Verfügung stellen und dieses Spartkapital nicht in privaten Banken und Sparkassen den privaten Unternehmungen zuleiten.

Dieser Aufruf an die Gewerkschaften enthält keineswegs die utopische Forderung, daß die Gewerkschaften nun selbst der Hauptlastträger der Wohnungsfürsorge für die minderbemittelten Volksklassen werden sollen. Diese Zumutung wäre, zumal heute, für die Gewerkschaften untragbar. Was wir diesem Aufruf von den Gewerkschaften verlangen wird, ist:

- a) eine moralische, und
 - b) eine beschränkte materielle Förderung der Aufgaben der „Kewog“.
1. Die moralische Förderung der „Kewog“ durch die Gewerkschaften denken wir uns durch folgende Unterstützungen gewährleistet:

1. weitestgehende Verbreitung der Drucksachen der „Kewog“ unter den gewerkschaftlich organisierten Mitgliedern in allen Funktionär- und Mitgliederversammlungen;
2. tatkräftige Unterstützung der Arbeiten der „Kewog“ durch die Mitglieder, Funktionäre und Gewerkschaftsführer bei allen Stellen (Reichs-, Staats- und Gemeindeorgane), auf die diese Kreise einen beruflichen oder persönlichen Einfluß nehmen können;
3. bereitwilligster Hinweis auf die gemeinwirtschaftlichen Ziele der „Kewog“ in der Gewerkschaftspresse;
4. Zuleitung aller Wohnungsinteressenten an die „Kewog“ und ihre bezirkslichen und örtlichen Tochtergesellschaften;

5. Beeinflussung der Gewerkschaftsmitglieder dahin, daß diese ihr freies und dem Wohnungsbau zugehöriges Spartkapital nicht den privaten Banken und Sparkassen, sondern den besonderen von der „Kewog“ in Verbindung mit der Gewerkschaftsbank zu schaffenden Sparabschlüssen zuleiten;
6. Aufforderung der Gewerkschaftsmitglieder, sich nur solchen Baugenossenschaften, Wohnungs- und Siedlungsgesellschaften anzuschließen, die im engsten Kontakt mit der „Kewog“ stehen und ausschließlich gemeinnützige oder gemeinwirtschaftliche Ziele verfolgen;

7. Jeweiligste Mitarbeit der Gewerkschaftsfunktionäre und Gewerkschaftsführer in den von der „Kewog“ zu schaffenden Bezirks- und Ortsvereinen, soweit es ihre Zeit und Arbeitskraft gestattet;
8. Zuleitung von Nachrichten und Anregungen aller Art, die geeignet sind, die Arbeiten der „Kewog“ zu fördern.

- b) Materielle Förderung der „Kewog“ durch die Gewerkschaften: Die materielle Förderung der „Kewog“ durch die Gewerkschaften wird sich im wesentlichen in der Durchführung folgender Maßnahmen erschöpfen:

1. Beteiligung der Gewerkschaften an den von der „Kewog“ zu gründenden Bezirks- und Ortsvereinen mit einem der Finanzkraft der Gewerkschaft entsprechenden Stamm- oder Aktienkapital.

Der Aufbau der Bezirks- und Ortsvereine der „Kewog“ wird, den wirtschaftlichen Verhältnissen entsprechend, sehr sorgfältig vorbereitet werden und nur allmählich erfolgen. Dem organischen Wachstum der Bewegung folgend, wird dann die Beteiligung der Gewerkschaften an diesen Tochtergesellschaften die Finanzkraft der Gewerkschaften nicht allzu sehr in Anspruch nehmen. Die Beteiligung der Gewerkschaften an den Bezirks- und Ortsvereinen der „Kewog“ ist aber notwendig, damit den bezirkslichen und örtlichen Gliedern der Gewerkschaften derselbe Einfluß auf die Tochtergesellschaften eingeräumt wird, den die zentralen Spitzen der Gewerkschaften auf die „Kewog“ genießen haben.

2. Ansammlung eines Wohnungsfürsorgefonds der einzelnen Gewerkschaften zugunsten besonders notleidender und unbemittelter Gewerkschaftsmitglieder.

Da der Wohnungsbau für die minderbemittelten Volksklassen in nächster Zukunft überwiegend davon abhängig sein wird, daß das Spartkapital der Wohnungsinteressenten selbst organisiert wird, so wird man für die völlig minderbemittelten Volksgenossen auch eine besondere Sparorganisation schaffen müssen. Die Fürsorge um die minderbemittelten Volkstreife fällt in erster Linie den öffentlichen Organen, d. h. den Gemeinden wie den mit der Wohnungsfürsorge gesetzlich betrauten Stellen zu. Wir sind indessen der Ansicht, daß auch die Arbeitnehmerorganisationen als Kollektivsparer auftreten sollten, um auch denjenigen Mitgliedern der Gewerkschaften eine Gemeinschaftshilfe zuteil werden zu lassen, die nicht zu den Armen- und Rentenunterstützungsberechtigten gehören. Die Ansammlung eines solchen Fonds durch die Gewerkschaften selbst würde die Mitglieder noch enger an die Gewerkschaften fesseln und insbesondere die jugendlichen, wohnungsunterforsorgten Genossen den Gewerkschaften zuführen.

Die finanzielle Leistung der einzelnen Gewerkschaften braucht nicht besonders hoch zu sein. Sofern eine große Anzahl von Gewerkschaftskorporationen den Beschluß faßt, sagen wir, wöchentlich 10 bis 50 Goldmark in einem Wohnungsfürsorgefonds einzusparen und dieses Kapital der „Kewog“ zuzuführen, dann könnte diese sofort mit dem Bau von Wohnungen für die Gewerkschaftsmitglieder beginnen. Die Summe der einzelnen Leistungen wird neben dem der „Kewog“ sonst zufließenden Spartkapital hinreichend sein, um eine ansehnliche Bautätigkeit zur Entfaltung zu bringen.

An Stelle der besonderen Fondsbildung kann man auch daran denken, daß die Gewerkschaften einen bestimmten Prozentsatz — sagen wir 1% — ihrer Beiträge in einen Wohnungsfürsorgefonds leiten und diese Mittel der „Kewog“ zur Durchführung ihres Wohnungsbauprogramms zur Verfügung stellen. Ein solcher Beschluß würde jede einzelne Gewerkschaft finanziell nur wenig belasten und die großzügige Lösung der Aufgaben der Gewerkschaften auf andern Gebieten kaum beeinträchtigen und dennoch für die Wohnungsfürsorge zugunsten der minderbemittelten Volksklassen von der allergrößten Bedeutung sein.

Das neue Einwanderungsgesetz der Vereinigten Staaten, das die Einwanderung dorthin noch weiter beschränkt und den europäischen Auswanderern die Tore der Vereinigten Staaten noch fester verschließt, fügt den Leiden des verarmten Europas ein neues hinzu. Denn nie war die Notwendigkeit der Auswanderung größer als heute, wo die Umschichtung in der Produktion der Welt eine andere Verteilung der Bevölkerung erfordert. Im Rahmen der bestehenden Wirtschaftsordnung ist ein Land wirtschaftlich überbevölkert und kann seine Bevölkerung nicht ernähren, während im andern Mangel an Arbeitskraft besteht oder es doch wenigstens aufnahmefähig für fremde Arbeitskräfte wäre. Trotzdem stehen einem Ausgleich zwischen Ueberfluß und Mangel an Arbeitskräften, wie dies das Einwanderungsgesetz der Vereinigten Staaten, die aus ihres Reichturns an Naturgütern unbedingt noch vielen Millionen Beschäftigung bieten könnten, beweist, die verschiedensten politischen, wirtschaftlichen und sozialen Hindernisse im Wege. Somit drängen sich uns diese Probleme in unsern Tagen mit ganz besonderer Wucht auf und verlangen, von den verschiedensten Seiten her beleuchtet zu werden.

Bevölkerungs- und Auswanderungsprobleme.

Die politischen Schwierigkeiten bei der Lösung der Auswanderungsfrage sind besonders beachtenswert, da sie das Verhältnis der Völker untereinander wesentlich beeinflussen und den Weltfrieden bedrohen. Daß die Vereinigten Staaten und Australien ihre Grenzen gegen die japanische Einwanderung sperren, führt zu Feindseligkeiten zwischen diesen Ländern, und zwingt darüber hinaus Japan zu einer imperialistischen Politik gegen China, Rußland, später vielleicht auch gegen Indien, um seinen immer wachsenden Bevölkerungszuwachs unterzubringen. Das Kenha-Problem die Erschwerung der indischen Einwanderung nach Südafrika, hat zur Verschlechterung des Verhältnisses zwischen England und Indien sehr wesentlich beigetragen. Zwischen Frankreich und Italien ist eine der wichtigsten politischen Streitfragen die Lage der italienischen Auswanderer in Tunis, das eine französische Kolonie mit überwiegend italienischer Bevölkerung darstellt.

Die wirtschaftlichen Fragen der Ein- und Auswanderung betreffen in erster Linie die Ueberleitung des Bevölkerungszuwachses in die Länder, wo Arbeitermangel herrscht. Als solche sind unter den europäischen Staaten Frankreich, das überwiegend polnische, italienische, neuerdings auch belgische und holländische Arbeitskräfte heranzubringen unter den überseeischen Ländern Kanada, Australien und die verschiedenen südamerikanischen Staaten zu nennen. In diesen überseeischen Ländern hat der Prozeß der Industrialisierung eingesetzt. Dies bedeutet trotzdem noch nicht, daß sie für ihre neue Industrie europäische Arbeitskräfte brauchen. Besonders fähige Facharbeiter werden zwar sehr gern gesehen — England allein hat im Jahre 1922 über 20 000 Maschinenbauer an die Kolonien abgegeben — im übrigen beklagen sie sich alle (Australien, Kanada, Argentinien in gleichem Maße) über das Ausströmen der Landbevölkerung in die Städte. So stehen der Industrie überaus billige Arbeitskräfte zur Verfügung. Zwar könnten in der Landwirtschaft dieser Länder noch Arbeitskräfte untergebracht werden, dem setzen aber oft Kapitalmangel, in einigen Staaten außerdem noch das Großgrundbesitzsystem mit einer wenig ertragreichen (extensiven) Bodenbearbeitung Schranken.

In einem Lande, dessen Bevölkerungszuwachs auswandert, sind die Geldsendungen der Auswanderer nach ihrer Heimat für die Gestaltung seiner Zahlungsbilanz von großer Wichtigkeit. 1923 haben Auswanderer verschiedener Länder aus den Vereinigten Staaten 300 Millionen Dollar in ihre Heimat geschickt. Die in Frankreich beschäftigten ausländischen Arbeiter sandten 1923 mindestens eine halbe Milliarde Franken in ihre Heimatländer. Dagegen empfing Italien in Form von Geldsendungen seiner Auswanderer aus Frankreich, den Vereinigten Staaten, Brasilien usw. im Jahre 1921 4 bis 5 Milliarden Lire. In Italien ist vor kurzem eine halbstaatliche Großbank aus Staatsmitteln unter Mitwirkung des Privatkapitals errichtet worden, deren Tätigkeit ausschließlich auf die Auswanderung gerichtet ist. Die Auswanderung aus Deutschland war vor dem Krieg verhältnismäßig nicht groß, weshalb die deutsche Zahlungsbilanz aus diesen Sendungen nur in geringem Umfang Vorteil ziehen konnte.

Mit der Frage der Auswanderung tauchen mannigfaltige soziale Probleme auf, die sich auf die Ermöglichung der Ausreise durch Unterstützung des Staates, die gesundheitlichen Maßnahmen während der Reise, die Ausbildung der Auswanderer vor ihrer Ausreise oder nach ihrer Ankunft, auf die Art der Auswanderung, ob die Auswanderer in Gruppen zusammengefaßt oder einzeln im Bestimmungsland untergebracht werden, auf die Gegenwertigkeit der Unterstützung bei Arbeitsunfällen oder Krankheit der Eingewanderten usw. beziehen. Das Internationale Arbeitsamt sammelt seit längerer Zeit sehr sorgfältig die diesbezüglichen Nachrichten, Vorträge und Gesetze und veröffentlicht sie regelmäßig in seinen beiden Zeitschriften: „Revue internationale du Travail“ und „Information sociale“. Die letzten Veröffentlichungen geben unter anderem Aufschluß über die von England und Holland ihren Auswanderern gewährten Reiseunterstützungen — 1923 verließen 58 000 Auswanderer England —, über die Auswandererziffer nach Australien — sie betrug 1922 95 618 —, über den Gegen-

Einig müßt ihr sein!

Eine bessere Welt gestalten
Könnt ihr zu der Väter Glüd,
Doch ihr müßt zusammenhalten,
Reiner trete feig zurück.
Ja, es bricht der Morgenschimmer
Einer neuen Zeit herein;
Aber dies vergeßet nimmer:
Einig, einig müßt ihr sein! Regd.

Schicksal.

Es bedarf keiner Begründung, daß besonders für die Arbeiterklasse heute mehr denn je zum Lebensdasein ein fester Lebensmittelpunkt und Lebensmittelpunkt gehört. Aber mit Ausnahme der Kaffee- und Pfeffer, denen alle Dinge zum Leben dienen, macht sich auch in andern Bevölkerungsteilen eine Lebensstimmung geltend, die nach irgendeiner Bindung sich zu einem festlichen Heil auswirken möchte. Das menschliche Geschick ist aus dem gewohnten Zusammenhang gerissen. Bei dem bitteren Kampf um die Erhaltung der Sorge um die politische Behauptung der Gruppe, um immer wieder die Frage aufzuwerfen: „Hat das Leben des Lebens überhaupt noch einen Zweck?“ Die Antwort mehr langsam breitmachende pessimistische Auffassung des Wertes des Lebens ist dazu angetan, die menschlichen Kräfte des Einzelnen und einer Volksgemeinschaft zu schwächen und sich hoffnungslos dem Laufe des Schicksals überlassen zu überlassen.

Die Furcht, das heißt, die Geschehnisse oder Vorgänge, die im Laufe des Lebens des Gesellschaftslebens, heute von großem Wert über sich ergehen lassen müssen, zu mit ungeliebten Vorfällen umgeben. Die Furcht des sogenannten Schicksals steht in Beziehung zu dem Glauben an eine übernatürliche Welt und zu dem Glauben eines ver-

meintlichen mächtigen Gottes, der das Geschick des Menschen und den Lauf der Planeten usw. bestimmt und leitet. Bekannt ist wohl der Ausspruch streng gläubiger Leute: „Unser Leben ist in Gottes Hand“, oder dieser oder jener Unglücks- oder Glücksvorgang war „Gottes- oder Schicksalsfügung“, wodurch allgemein zusammengefaßt der begriffliche Inhalt des Wortes „Schicksal“ in der übergroßen Zahl der Anwendungen wiedergegeben ist. Das Geheimnisvolle der menschlichen Schicksalsereignisse mit dem religiösen Einfluß kann vor dem Forum des vernunftmäßigen Denkens und der wissenschaftlichen Forschung nicht bestehen. Ganz besonders hat die fortschreitende Naturwissenschaft mit der Biologie, mit den Erfolgen auf dem Gebiete über die Entstehung des Lebens und der Lebewesen mehr und mehr mit der Geheimnistuerei aufzuräumen können. Als ich im vergangenen Sommer infolge eines Unfalls das Krankenhaus aufsuchen mußte, hatte ich dort Gelegenheit, der Entlieferung einiger gewerblicher Schwerverletzter beizuwohnen. Dadurch veranlaßt, entstand unter den übrigen Kranken, die den verschiedenen politischen Parteien und Religionsgemeinschaften angehörten, eine Aussprache über die ursächlichen Zusammenhänge der Leiden und der gewerblichen Unglücksvorgänge im Leben des modernen Menschen, wobei unter anderem ein junger Mann, als Angehöriger der jüdischen Kirche, kurz erklärte: „Das Leben und der Lebensinhalt des Menschen, wie Freude, Trübsal, soziale Sorge, Not und Unglück, ist die Wirkung einer göttlichen Vorherbestimmung.“ Ein beträchtlicher Teil meiner Leidensgenossen, und zwar durchweg die Schwerverletzten, stimmten dem zu. Unbeachtet blieben dabei die Einwände, daß durch die Kultur-entwicklung im Laufe der Zeit mit ihren Resultaten auf dem Gebiete der Seelkunde, der Hygiene, des Arbeitsschutzes, des Transportwesens und der wirtschaftlichen Organisation, sich Krankheiten, Unfälle, Leiden und Not all- gemein mehr verändern und zurückgedrängt werden, also die „Vorherbestimmung“ in Frage stellen.

Wenn hoffnungslose Kranke, Gefängnisinsassen, De- klassierte und die Masse der Indifferenten aus allen Bevölkerungsschichten mit ihren sehnsüchtigen Erwartungen oder sonstigen Irrungen des Lebens, das Schicksal als ein Werk der Vorsehung anlagen, so wird das psychologisch zu verstehen sein. Aber auch andere Leute kommen dabei noch in Frage. In der letzten Zeit ist in der Tagespresse wiederholt darauf hingewiesen, wie bis in den gebildeten Kreisen hinein mit der Folge von Wunderglauben, Wahrsagerei und auch spiritistischer oder okkultistischer oder astrologischer Unfinn oder Unflug sich breitmacht. Der Zweck von allen diesen, dem gesunden Verstand widersprechenden Vorgängen, besteht zum übergroßen Teil für den einzelnen darin: Kenntnis von der „Vorherbestimmung“ und des weiteren Inhalts des Lebens zu bekommen, ob Freude, Glück oder Unglück oder früher Tod für seine Angehörigen und für sich selbst zu erwarten ist. Wenn B. v. Schweitzer in seiner Schrift „Der Weltgeist und das Christentum“ die Furcht des Menschen vor dem Tode, als die Grundlage der Offenbarungsreligion annimmt, so ist diese Furcht auch hier die mittreibende Kraft zur Begründung des sogenannten Schicksals oder der zu erwartenden Lebensvorgänge. Vor allem wollen diese Menschen über das Seelenleben und das Verbleiben der unsterblichen Seele nach dem Tode eine Erklärung haben. Die phantasierende wissenschaftliche Begründung der Seele durch die Funktionen der materiellen Masse des Gehirns als das Zentralorgan des Seelenlebens, reicht ihnen zu diesem Verlangen nicht aus. Daher hatte schon die Priester- klasse des alten Ägyptens mit kluger Berechnung eine dreitausendjährige Seelenwanderung durch Tierkörper als einen Glaubenssatz ihrer Offenbarung aufgestellt.

Wir haben es hier mit einer Erscheinung zu tun, die zweifellos auch mit der Kultur und deren Entwicklung im Zusammenhange steht. Die Kulturgeschichte zeigt, daß in den verschiedenen Zeitperioden ein beträchtlicher Teil der Bevölkerung bestimmte tiefeingreifende Vorgänge in der

seitigkeitsvertrag betreffs Unfallunterstützung zwischen Frankreich und Italien (in bezug auf die italienische Auswanderung nach Tunis) wie zwischen Schweden und Finnland, über die landwirtschaftlichen Ausbildungsschulen für die nach Argentinien kommenden Auswanderer, über die Rückwanderung amerikanischer Russen nach ihrer Heimat, wo sie in der Landwirtschaft gruppenweise mit neuzeitlichen Betriebsmitteln ausgerüstet und untergebracht werden usw.

Sowohl aus Menschlichkeits- und nationalen Gründen als auch wegen der Schwierigkeiten der Auswanderung wäre es nur zu wünschen, daß die Arbeitskräfte in ihrer Heimat beschäftigt werden könnten. Es ist sehr schwer zu bestimmen, wann man von einem absoluten Bevölkerungsoberfluß reden kann. In England beruht man sich zum Beispiel darauf, daß in der englischen Industrie gegenwärtig bereits ebenso viel Arbeiter beschäftigt sind wie vor dem Krieg, und dennoch gibt es über eine Million Arbeitslose, die als Bevölkerungszuwachs keine Beschäftigung mehr finden können. Damit ist aber keineswegs der Beweis erbracht, daß diese Arbeitskräfte bei einer besseren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Organisation der Welt nicht in ihrer Heimat hinreichend versorgt werden könnten. Derselbe Frage kann für Deutschland gestellt werden. Es handelt sich hier also um überwiegend politische Fragen, um die Wiederherstellung der Weltwirtschaft, einen vernünftigeren Austausch der Produkte der einzelnen Länder untereinander, die den durch die natürlichen Verhältnisse gegebenen Zwang zur Auswanderung aufheben beziehungsweise vermindern könnten.

Aus unserm Beruf.

Hersford. Am Sonnabend, 17. Mai, feierte unsere Filiale ihr 25jähriges Bestehen. Kollege Körper hielt die Festrede. Er führte aus, daß den Gründern der Kampf um den Auf- und Ausbau der Organisation nicht leicht gefallen sei. Heute wäre es für jeden denkenden Kollegen selbstverständlich, seiner Berufsorganisation anzugehören. Drei Großmächte haben der aufstrebenden Arbeiterschaft als Feinde gegenüber gestanden: Polizei und Justiz, organisiertes Unternehmertum und der Indifferentismus der Massen. Es sei wohl vieles besser geworden, doch seien diese Mächte noch nicht ganz beseitigt. Vor 25 Jahren seien es nur wenige gewesen, die sich diesen Feinden der Arbeiterklasse entgegenstellten; heute seien es nur noch wenige, die dem Kampfe fern blieben. Auch die Gedanken der 25jährigen Bestehens der Filiale werde dafür werden, die noch fernstehenden ihrer Berufsorganisation zuzuführen. Der Krieg habe allein 82 treue Kollegen dahingerafft und manchen Jubilair aus unserer Mitte ausgeschaltet. Auch ihrer zu gedenken sei unsere Pflicht. Möge der heutige Tag ein Markstein in der Geschichte der Arbeiterbewegung von Hersford werden und alle anspornen für ihre Berufsorganisation zu wirken im eigenen und im Interesse aller Berufskollegen. — Vespertvorträge und Tanz gaben der Feier bei frohlicher Stimmung einen würdigen Abschluß.

Gewerkschaftliches.

Die Werftarbeiterausperrung beendet. Am 16. Mai fanden in Hamburg erneute Verhandlungen zwischen den Arbeitern und dem Unternehmerverband in der Werftindustrie statt. Ueber das Ergebnis entschied die Werftarbeiterschaft durch Abstimmung. Da diese die für die Fortsetzung des Streiks notwendige Zweidrittelmehrheit nicht ergab, ist der Kampf beendet. — Nach einem Ringen von 3 Monaten ist nun dieser große Kampf abgeschlossen. Wenn man sich das Resultat dieses Kampfes ansieht, dann ist die Tatsache zu unterstreichen, daß der Produktionsausfall, der durch die Ausperrung der Unternehmer hervorgerufen worden ist, sich nicht gedeckt werden könnte, wenn die Arbeiter zwei Jahre lang täglich eine Ueberstunde machen würden. Bei achtundvierzigstündiger Arbeitszeit macht der Verlust an Arbeitsleistung für 13 Wochen 624 Arbeitsstunden pro Arbeiter. Es müßte also jeder Arbeiter mehr als 2 Jahre

täglich eine Stunde arbeiten, um diesen Verlust wieder wettzumachen, vorausgesetzt, eine verlängerte Arbeitszeit wäre gleichbedeutend mit einer entsprechenden Produktionssteigerung. Dazu kommt der ungeheure wirtschaftliche Verlust, der nicht wieder einzubringen ist. Große Aufträge vom Ausland konnten nicht ausgeführt werden und gingen an ausländische Werften über. Der Schaden, der durch die Aussperrung verursacht worden ist, kann gar nicht übersehen werden.

Es ist notwendig, auf die Tatsache hinzuweisen, daß diese Aussperrung unmittelbar eine Folge von verbindlich erklärten Schiedssprüchen gewesen ist. Diese Schiedssprüche, die den Arbeitern eine längere als die achtstündige Arbeitszeit aufzuzwingen versuchten, sind nichts anderes als ein Eingehen auf die Forderungen der Arbeitgeber.

Die Aussperrung begann in einer für die Arbeiterschaft denkbar ungünstigen Situation. Trotzdem haben die Werftarbeiter 13 Wochen standgehalten. Einer Arbeiterschaft, die sich 13 Wochen lang unter diesen Umständen gegen ein mit den Machtmitteln des Staates unterstütztes Diktat der Unternehmer zur Wehr setzt, wird man schließlich den Achtstundentag nicht mehr entreißen. Bei Ablauf des Vertrages wird es sich zeigen, daß auch nicht das geringste vom Achtstundentag abgehandelt werden wird.

Für die Arbeiterschaft ist die Lehre, die aus diesem Kampf zu ziehen ist, klar und zwingend. Unverbrüchliches Festhalten am Achtstundentag, unverbrüchliches Festhalten an der Gewerkschaft, restlose Bereitschaft, die Organisation zu stärken, um die Unternehmer endlich zu zwingen, mit dem Achtstundentag, mit einer hochqualifizierten, gutbezahlten, leistungsfähigen und leistungswilligen Arbeiterschaft die Steigerung der Produktion statt ihrer Sabotage zu betreiben.

Tagungen zum Internationalen Gewerkschaftskongress.

Dem Internationalen Gewerkschaftskongress, der vom 2. bis 7. Juni in Wien stattfindet, gehen folgende Tagungen voraus: Mittwoch, 28. Mai: Sitzung des Bureaus des IGB. Donnerstag, 29., und Freitag, 30. Mai: Sitzung des Vorstandes des IGB. Sonnabend, 31. Mai: Internationale gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz, Sonnabend, 31. Mai, und Sonntag, 1. Juni: Konferenz des Bureaus des IGB. mit den Internationalen Berufssekretariaten.

Alle diese Sitzungen finden in den Räumen der österr. reichischen Gewerkschaftskommission, Wundorfer Straße 7, statt. Der Kongress selbst tagt im Konzerthaus, Lothringer Straße 20.

Die Vorstandssitzung des IGB. hat als erste Aufgabe die bisherige Tätigkeit des Bureaus des IGB. zu prüfen und einen Aktions- und Finanzplan für die kommende Zeit aufzustellen, der dem Internationalen Gewerkschaftskongress zu unterbreiten ist. Ferner hat sie vorbereitende Arbeiten für den Kongress zu leisten und über das Verhältnis des IGB. zu andern Internationalen zu beraten.

Die gewerkschaftliche Arbeiterinnenkonferenz hat sich mit der Frage zu beschäftigen, auf welche Weise die Arbeiterinnen am besten den Gewerkschaften angeführt werden können, ferner mit der Stellung der gewerkschaftlichen Landeszentralen zum Internationalen Arbeiterinnenbund. Es wird erwartet, daß vor allem die weiblichen Kongressdelegierten zu dieser Konferenz entsandt werden.

Für die Konferenz des Bureaus des Internationalen Gewerkschaftsbundes mit den Internationalen Berufssekretariaten ist folgende Tagesordnung aufgestellt worden: Ratifikation der Beschlüsse der Konferenz vom 9. und 10. Nov. 1923. Befugnisse der Internationalen Berufssekretariate in Hinsicht auf Lohnbewegungen, Tarifverträge, Streiks, Aussperrungen und Boykott. — Regelung der Unterstützungsaktion in Fällen von Arbeitskonflikten. — Beratung der Frage der gegenseitigen Unterstützung von Berufssekretariaten, die sich in schwierigen Verhältnissen befinden. — Wahl von 3 Mitgliedern und 3 Stellvertretern in die ständige Kommission für die Vertretung der Internationalen Berufssekretariate im Vorstand des IGB. Aufgaben der Berufssekretariate in Sachen des Achtstundentages, der Gewerbeinspektion und anderer sozialer Maßnahmen.

Gewerkschaftliche Solidarität. Eine Konferenz der Gauleiter und Sekretäre der Ortsausschüsse von Rheinland-Westfalen und Lippe am 21. Mai in Düsseldorf nahm Stellung zum Kampfe der Bergarbeiter.

Die Führung des Kampfes muß nach wie vor in den Händen der Bergarbeiterverbände liegen. Die Konferenz erwartet von der Gesamtarbeiterschaft des Bezirkes, daß sie nur den Anweisungen und Parolen der Bergarbeiterverbände Folge leistet und alle andern Parolen, die von unverantwortlichen Stellen ausgegeben werden, ablehnt. Es liegt nicht im Interesse der Gewerkschaften, ihre wirtschaftlichen Kämpfe zur Erreichung einseitig politischer Ziele und Bestrebungen mißbrauchen zu lassen. Alle Organisationen der freien Gewerkschaften in allen Orten von Rheinland, Westfalen und Lippe werden erneut aufgefordert, mit allergrößter Energie Geldsammlungen nicht nur unter der Arbeiterschaft, sondern auch in den mit der Arbeiterschaft sympathisierenden Kreisen zu organisieren. Um die Kämpfenden nach einheitlichen Richtlinien zu unterstützen, sind die gesammelten Gelder an den Vorstand des ADGB. in Berlin abzuführen. Dort, wo die Möglichkeit besteht, Lebensmittel für die Bergarbeiter zu sammeln, haben die Ortsausschüsse auch solche Sammlungen zu organisieren.

Die Konferenz begnügt sich nicht, den Bergarbeitern ihren Willen zu tatkräftiger, finanzieller Unterstützung auszusprechen. Sie war sich bewußt, daß die Bergarbeiter in diesem schweren Kampf für ihre gerechten und auch außerhalb der Arbeiterschaft von allen Billigdenkenden anerkannten Forderungen die gesamte Arbeiterschaft Deutschlands auf ihre Seite wissen müssen. Von Vertretern maßgebender Organisationen wurde zum Ausdruck gebracht, daß dieser Kampf für die Gesamtarbeiterschaft von so großer Bedeutung ist, daß alle erfolgversprechenden Kampfmittel zur Anwendung gebracht werden müssen. Die Bezirksleitung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes wurde beauftragt, gemeinsam mit dem Bergarbeiterverband und dem Bundesvorstand des ADGB. alle dahingehenden Maßnahmen zu beraten und ihre Durchführung zu organisieren.

Die Dachbeder und Stukkateure in Berlin haben nach siebenwöchigen Kämpfen den Achtstundentag behauptet und eine Lohnerhöhung durchgesetzt.

Gewerkschaftsparasiten. Eine postfeste Bezeichnung für Nichtorganisierte prägte das in Kristiania erscheinende Gewerkschaftsblatt der Straßenbahnerorganisation. Es bezeichnete sechs unorganisierte Straßenbahner als Parasiten, die darauf gegen den Redakteur eine Ehrenbeleidigungsklage anstregten. Das norwegische Gericht schloß sich jedoch der Auffassung des Gewerkschaftsredakteurs an und fällte folgendes Urteil: Die Klage wird als unbegründet zurückgewiesen mit der Begründung, daß für Menschen, die sich dagegen wehren, in die ihre Interessen vertretende Organisation einzutreten, die Bezeichnung „Parasiten“ passend ist. — Es ist überflüssig die Frage aufzuwerfen, wie im gleichen Falle wohl deutsche Richter entscheiden würden. Streikbrecher, die aus Böswilligkeit oder Dummheit Nutzen aus der gewerkschaftlichen Solidarität ziehen, bezeichnet man in Norwegen mit Recht als Schmeißer, in Deutschland dagegen gelten sie als „staatserbe Elemente“.

Der Zentralverband der Angestellten hat seinen zweiten ordentlichen Verbandstag für den 22. Juli dieses Jahres nach Cassel einberufen. Vor kurzem hat der Verbandsteil getagt und sich mit innerorganisatorischen Fragen sowie mit der wirtschaftlichen Lage der Angestellten beschäftigt. Die an der Tagung teilgenommenen Geschäftsführer der großen Ortsgruppen konnten im allgemeinen Gutes aus der Bewegung berichten. Der Mitgliederbestand und die Kassenverhältnisse der Ortsgruppen sind gut. Es ist ein Stamm von tüchtigen Mitarbeitern in fast allen Ortsgruppen vorhanden. Die Kräfte innerhalb der Gewerkschaftsarbeit, die in den verflochtenen Jahren fast nur mit Tarifarbeit beschäftigt wurden, konnten nach Eintreten der Marktstabilisierung sich wieder ihren ureigensten Auf-

Natur und in der politischen sowie wirtschaftlichen Umgestaltung der Verhältnisse absolut nicht zu fassen vermag und daher zurückfällt in das Denken einer längst vergangenen rudimentären Zeit. Wie der Urmenich, und heute noch die Naturvölker, Naturvorgänge besonderer Art nicht fassen können, und sich daher von ihren Wundermännern oder Zauberern eine leicht begreifliche Erklärung geben lassen, so ist zu allen Zeiten, je nach dem Stande der Wissenschaft und der Volksbildung überhaupt, mit den geheimen oder offenen Widerständen im Leben des Menschen, ebenso verfahren worden. Ganz besonders hat hierbei der Götter- und religiöse Kultus unter Mitwirkung der Priesterklasse den Boden für das Uebernatürliche und Phantastische geebnet. Das Judentum hat durch die Lehre von der geistigen Kraft der Weissagung ihrer Propheten, ebenfalls nicht unbeträchtlich dazu beigetragen für den Glauben an die Fähigkeiten der Wahrsager bis in die moderne Zeit hinein. Ähnlich so das Christentum in den ersten Jahrhunderten seiner Entwicklung. Derselbe Geist wohnt sich bei den einzelnen Sekten noch heute Geltung zu verschaffen.

Der Götterkultus der antiken Welt ist reich an freiwilligen und unfreiwilligen „Schicksalen“ der Götter und der Menschen. Die Macht und das Fatum herrschte über die Götter und Menschen. Die Macht verbirgt, verhüllt; darum ist sie die Mutter alles Schönen sowie alles Furchtbaren. Auch sie ist die Mutter des in Dunkel gehüllten Schicksals der unerbittlichen Parzen Lakheis, Motho und Atropos, der rächenden Nemesis, die verborgene Vergehungen straft, der Brüder Schlaf und Tod, wovon der eine die Menschen sanft und milde besucht, der andere aber ein eisernes Herz im Busen trägt. Sie ist ferner die Mutter der Träume, d. h. sich im Schlafe einstellenden Betrages, der hämischen Tadeln, des Kummeres, der Mühe, des Hungers, des verderblichen Krieges und der Zweideutigkeit sowie des Meinesdes. Die Parzen ippannen den Lebensfaden, der von der Atropos mit der furchtbaren Schere abgeschnitten wird. Gegen die furchtbare

Stärke der Nacht und der Parzen waren die Götter und selbst Zeus (Jupiter) machtlos. Wie die Alten verstanden, das Dunkle und Furchtbare in Bildern zu Heiden, das zeigt ihre plastische Kunst und zigen die hohen Leistungen auf dem Gebiete der Tragödie. Das Christentum und einige andere Religionen gehen bekanntlich mit dem „ewigen Seelenheil“ weiter.

Der Mohammedanismus wie auch einige christliche Konfessionen haben in der Glaubenslehre das Fatum (Schicksal oder Verhängnis) oder die Prädestination (Vorherbestimmung) aufgestellt. Nach dieser Lehre ist Glück und Unglück eines jeden Menschen durch den Gott des Glaubens bestimmt oder vorher bestimmt. Der so erzeugte Fatalismus kommt bei den Völkern des Islams und besonders bei den Türken recht bezeichnend dadurch zum Ausdruck, daß sie bei der Betrachtung einzelner Lebensvorgänge sofort mit dem „Rismet“ (das Unabwendbare) bei der Hand sind. Hier ist diese Glaubenssagung schon in Fleisch und Blut übergegangen.

Aber auch das freiere Denken genähert dem „Schicksal“ eine Unterfunktion und übt durch das Wort sowie durch die Sprache auf das Gemüt und auf das Gefühlleben eine eindringliche Wirkung aus. Ganz besonders haben die Dramen- und Tragödiendichter aller Zeiten mit diesem Glauben und Gedanken operiert. Sie bilden oft die Grundlage ihrer wirksamsten Bühnenarbeiten. So spricht zum Beispiel unser Schiller in der „Braut von Messina“ von der „furchtbaren Schicksalsgewalt“. Wenn in der antiken Tragödie von Sophokles bis auf Shakespeare, Lessing, Goethe, Schiller usw. das Schicksal den Helden durch physische Uebermacht zum Unterliegen bringt, so ändert sich das schon in den modernen Tragödien, wo der Held als Ueberwinder des Schicksals das Feld behauptet. Aber noch ein anderes kommt hinzu. In den besten Arbeiten auf dem Gebiete der Unterhaltungsliteratur (Ergänzungen, Romane usw.) wird das „Schicksalsproblem“ zum Gegenstand einer psychologischen Darstellung gemacht. Wie die Phantastie die Gedanken des Dichters

in Worte formt, so hat die Kunst schon im frühen Altertum in vielseitiger Art sich dieses Stoffes bemächtigt. Durch die Plastik und in späterer Zeit auch durch die Malerei haben diese Gedanken einen großwirkenden Ausdruck erhalten.

Das Gemüt und das Bewußtsein des Menschen unterliegt wechselnden Eindrücken, die sich mehr bei den Frauen und weniger bei den Jugendlichen geltend machen. Ueber sorgenvolle Dinge kommt die Jugend leichter hinweg. Natürliche Vorgänge, wie Erdbeben, Lieberbrennungen, Missernten, Feuerung, Krankheiten und Seuchen sowie die wirtschaftlichen Folgen längerer Kriegsjahre werden auf Frauen und älteren Männern allgemein mehr niederdrückend wirken müssen. Es ist eine offensichtliche und geschichtliche Tatsache, daß in längeren Kriegsjahren und nachdem, wie in der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg, sich das Sektentwesen, der Aberg- und Wunderglaube breit machte, so auch in unserer jetzigen Zeit. Wenn so vielseitig der Geist des Zeitmenschen im Sinne eines nihilistischen Schicksals beeinflusst wird, so muß es begreifbar erscheinen, wie sich diese Anschauung im Bewußtsein verankert und wirken muß. In dieser Denkweise liegt eine große Gefahr für unser Volk, und besonders für die Arbeiterklasse. Die Kraft des Widerstandes wird dadurch zweifellos geschwächt.

Der Indifferentismus war stets ein Feind der Arbeiterschaft. In dem Erkennen der ursächlichen Zusammenhänge gesellschaftlicher Einrichtungen und geistiger Strömungen liegen die Erfolge der Arbeiter- und der gewerkschaftlichen Bewegung. Die „Vorherbestimmung“ des sogenannten Schicksals ist Menichwerk. Das Geschick des einzelnen und der Inhalt des Lebens wird bestimmt durch den geistigen Fortschritt der großen Masse des Volkes. Wenn wir in diesem Sinne weiter wirken, wird die Blutwelle „rückständigen Geistes“ an dem gesunden Menschenverstand der Arbeiterklasse brechen müssen. G. Heinze.

geben zuwenden. Die Schulung und Bildung der Mitglieder wird in erhöhtem Maße gefördert. Im Kampfe gegen die Arbeitszeiterlängerung stand der Zentralverband der Angestellten in allen Orten an führender Stelle. Diese Tatsache hat den Angestellten gezeigt, wer ihre eigentlichen Interessenträger sind. Der kommende Verbandstag wird sich ebenfalls mit innerorganisatorischen und wirtschaftlichen Fragen beschäftigen.

Sozialpolitisches.

Die Krise des deutschen Marktes hat sich in der letzten Zeit wesentlich verschärft. Die Geldknappheit hat infolge der Kreditbeschränkungen der Reichsbank und der Erschöpfung der privaten Kreditquellen in einem Maße zugenommen, daß selbst große alte Unternehmen in schwere Verlegenheiten geraten sind. So sind in der Schwerindustrie unter andern der Westkonzern, das heißt die Stahlwerke Feder in Rheinland, und eines der größten Montanwerke Deutschlands, die Mansfeld A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Geldschwierigkeiten geraten. Der Handel litt infolge des Geldmangels mit seinen Käufen und Verkäufen. Die Eisenpreise sind so hoch, daß englisches Eisen in Deutschland trotz des Einfuhrzollens von 10 M pro Tonne billiger ist als das im Inland erzeugte. In Oberschlesien sind von 14 Hochöfen nur 8 unter Feuer. Die elektrische, Maschinen-, Wagnen- und Textilindustrie sind noch beschäftigt, doch arbeiten sie ausschließlich für den inneren Verbrauch, und dieser wird infolge des Geldmangels bald aufhören. Der Bergarbeiterstreik hat bereits fühlbaren Kohlenmangel zur Folge gehabt und zur Kurzarbeit in der Metallindustrie geführt. Aus der letzten Zeit ist eine Anzahl von Verzeichnissen von Industrie- und Kaufunternehmungen zu verzeichnen. In der Automobilindustrie ist eine Interessengemeinschaft zwischen den Automobilfabriken Benz und Daimler zustande gekommen. Auch in der Metallindustrie schreitet der Konzentrationsprozeß vorwärts. Ein Zusammenschluß der gesamten deutschen Industrie der Nichteisenmetalle vom Erzbergbau über die Verhüttung bis zum Halbzeug ist in Aussicht genommen.

Das Wohnbauprogramm in England. Die von der Regierung mit der Vorbereitung des Wohnbauprogramms betraute Kommission, an der die Vertreter der Arbeiter, Unternehmer und Baumateriallieferanten beteiligt waren, hat ihre Arbeiten beendet. Der Plan erstreckt sich auf den Bau von 2.500.000 kleinen Wohnhäusern in einem Zeitraum von 15 Jahren. Für das Jahr 1925 sind 90.000 Häuser vorgesehen, steigend bis 225.000 im Jahre 1934. Den Bauarbeitern soll die Beschäftigung auf diese 15 Jahre gesichert werden. Gegenwärtig besteht ein Mangel an gelernten Arbeitkräften, besonders an Steinsehern, Maurern und Malern. Die Gesamtzahl der Bauarbeiter beträgt 367.000 gegenüber 423.000 im Jahre 1913. Viele Bauarbeiter sind ausgewandert oder in andere Berufe übergetreten. Die Zahl der Lehrlinge ist sehr gering; sie beträgt statt der nötigen 56.000 nur 21.000. Nach dem Plan der Kommission soll auf je drei Facharbeiter ein Lehrling kommen, dessen Lohn 40 bis 85 % von dem des Facharbeiters betragen soll. Die Preise der Baumaterialien werden zwar nicht behördlich festgesetzt, doch soll die einwirkende Wohnungsbauförderung mit weitgehenden Befugnissen zur Regelung der Materialpreise ausgestattet werden. Die Baumaterialien dürfen, soweit sie im Land vorhanden sind, nicht vom Ausland eingeführt werden.

Der Angriff auf den Achtstundentag in Polen. Wie es zu erwarten war, hat die Arbeitszeiterlängerung in Deutschland zu Angriffen der polnischen Unternehmer gegen den gesetzlichen Achtstundentag in Polen geführt. Die polnischen Konkurrenzverhältnisse in den polnisch-ober-schlesischen Kohlengruben wurden dabei besonders hervor-gehoben. In Polen besteht gegenwärtig eine arge Wirtschaftskrise mit großer Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit, was der Folge der verlängerten Arbeitszeit in Deutschland ist, während der vor kurzem erfolgten Stabilisierung des polnischen Geldes ist, der sich die Volkswirtschaft noch nicht erholt hat. Zwar ist die Offensive gegen den Achtstundentag bisher erfolglos geblieben; doch ist dieser Fall ein Vorzeichen für die schlimmen Folgen, die die Arbeitszeiterlängerung in einem Land für die Arbeiterchaft der anderen Länder nach sich zieht.

Bewerbe- und soziale Hygiene.

Ueber die Bedeutung der Gewerbehygiene und der Unfallverhütung schreibt der bekannte bayerische Landes-gewerbeamt-Ministerialrat Dr. Koelsch, München: Der Übergang vom Agrarstaat zum Industriestaat ist unter bedauerlichen gesundheitlichen Auswirlungen verlaufen. Diese letzteren zu mildern, die durch die Industrialisierung bedingte Schmutz- und Verunreinigungsgefahr des Einzel-individuums und des Volksganzen zu beseitigen, vermag die Gewerbehygiene und Unfallverhütung. Beide Disziplinen haben aber im Laufe der Jahre immer mehr an Bedeutung gewonnen. Für die Nation muß deshalb im Vordergrund stehen die Bekämpfung der durch die Industrialisierung bedingten Verunreinigung der Luft, des Bodens und des Wassers. Diese Verunreinigung ist auf die Dauer nur dann zu beseitigen, wenn sie im ständigen Rahmen der Gewerbehygiene und Unfallverhütung liegt, die allerdings nur dann voll wirksam ist, wenn sie mit der Bekämpfung der Verunreinigung der Luft, des Bodens und des Wassers verbunden ist. Die Bekämpfung der Verunreinigung der Luft, des Bodens und des Wassers ist die wichtigste Aufgabe der Gewerbehygiene und Unfallverhütung.

einrichtungen ist dabei Voraussetzung. Manche Berufsgruppen stehen überdies noch unter den ungunstigen Auswirkungen von bestimmten Schadlichkeiten, so: abnormer Arbeitsstellungen, Licht-, Schall-, Temperatur-, Luftdruckverhältnisse; sie leiden unter Staub und giftigen Stoffen; sie sind gefährdet durch Kleinlebewesen und dergleichen mehr. In andern Berufen steht die Unfallgefährdung im Vordergrund: durch Fall oder Schlag, durch bewegte Maschinentheile, durch Explosivstoffe, durch elektrischen Strom und dergleichen mehr. Besondere Fürsorge beanspruchen die Frauen und die jugendlichen Arbeiter. — Eine Reihe von Verletzungen oder Gefährdungen betrifft die Anwohner gewerblicher Betriebe durch Lärm, Erschütterungen, Verunreinigungen der Luft, des Bodens, der Wasserläufe. Schließlich können sich die Folgen der Industrialisierung noch weiter auswirken auf die Volksgesundheit; Seuchenverbreitung, Schädigung der Nachkommenschaft, Beeinträchtigung der konstitutiven Kraft der breiten Volksmassen und anderes mehr, wird im Gefolge einer zu stürmischen Industrialisierung beobachtet. Nur andeutungsweise wurden einige der wichtigsten Punkte hervorgehoben; tatsächlich ist das Gebiet der Arbeitshygiene und der Arbeiterfürsorge nach viel umfassender. Daraus erhellt aber auch die Bedeutung dieser Wissenschaft für die Allgemeinheit, für die Arbeitgeber und Betriebsleiter, für jeden einzelnen Arbeiter. Weiteste Verbreitung dieses Wissens ist gerade heute notwendiger als je.

Die Deutsche Gesellschaft für Gewerbehygiene hat sich diese Verbreitung zur Aufgabe gemacht. Sie veranstaltete vom 1. bis 10. Mai einen gewerbehygienischen Vortragskursus für das mitteldeutsche Industriegebiet in Halle an der Saale, dem weitere, auch in andern Bezirken, folgen sollen. Dabei sind unter andern vorgesehen Vorträge über Berufskrankheiten und Unfallverhütungen in der chemischen Industrie, über gewerbliche Bleibergiftungen, gewerbliche Augenverletzungen, gewerbliche Vergiftungen durch Nitroverbindungen des Benzols und durch Kohlenoxyd, durch ätzende Gase, durch Arsenwasserstoff, Schwefelkohlen- und Schwefelwasserstoff, über Unfallverhütung im Bergbau und über gesetzliche Schutzbestimmungen über Berufskrankheiten, ferner Besichtigungen industrieller Werke. Anmeldungen für spätere Kurse sind an die Geschäftsstelle der Deutschen Gesellschaft für Gewerbehygiene in Frankfurt a. M., Victoriaallee 9, zu richten.

Ferner ist in Aussicht genommen die Herausgabe einiger dringender Publikationen, unter andern eine Neubearbeitung der ärztlichen Merkblätter über berufliche Vergiftungen und zwei Schriften des bekannten Gewerbehygienikers Professor Lehmann, Würzburg, und des Ministerialrats Dr. Koelsch, München. — Außerdem sind die Vorbereitungen für die Herausgabe eines offiziellen Publikationsorgans so weit gediehen, daß schon vom 1. Juli an mit dessen Erscheinen gerechnet werden kann, und im September soll die schon im Vorjahre in Aussicht genommene, dann aber wegen der ungunstigen Wirtschaftsverhältnisse zurückgestellte erste Hauptversammlung der Gesellschaft in Würzburg stattfinden.

Genossenschaftliches.

Der 21. ordentliche Genossenschaftstag findet in diesem Jahre vom 23. bis 25. Juni in Ulm statt. Zur Tagesordnung stehen unter andern der Bericht des Vorstandes: a) über die Entwicklung des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine. Redner: Heinrich Kaufmann, Hamburg; b) über die wirtschaftlichen Maßnahmen des Vorstandes. Redner: Hugo Wätlein, Hamburg. 4. Bericht des Ausschusses. Redner: Ernst Marius, Essen. 5. Bericht über die Pensionskasse des Zentralverbandes deutscher Konjunkturvereine. Redner: Heinrich Kaufmann, Hamburg. 6. Das Konjunkturgenossenschaftliche Fortbildungswesen: a) Bericht über die Tätigkeit der Fortbildungskommission. Redner: Heinrich Sieratowsh, Hamburg; b) Die Mitarbeit der Frau in der Genossenschaftsbewegung. Redner: Robert Schweikert, Hamburg. 7. Der Mißbrauch der Genossenschaften durch die Kommunisten. Redner: August Reich, Hamburg. 8. Das Nachtbrotverbot. Redner: Paul Hofmann, Hamburg. 9. Die Lage der Konjunkturgenossenschaften im besetzten Gebiet. Redner: Ernst Marius, Essen. 10. Internationale genossenschaftliche Angelegenheiten. Redner: Heinrich Kaufmann, Hamburg. 11. Tarifangelegenheiten und Bericht über die Tätigkeit des Tarifamtes. 12. Wahlen. Genehmigung der Jahresrechnung und Entlastung des Vorstandes.

Vom Ausland.

Finnland. Die Situation ist jetzt für die finnländische Arbeiterschaft sehr ungunstig. Die Reaktion herrscht überall und nahezu unbeschränkt. Am 1. August 1922 wurden das Gesetz über Tarifverträge und das Gesetz über die Arbeitsregelung rechtskräftig, ferner am 1. Januar 1924 das Gesetz über Lehrlingsverträge. In dem Gesetz über Tarifverträge wird bestimmt, dass Arbeiter nach einer ununterbrochenen Beschäftigung von einem Jahre in einem Betriebe 7 Ferientage, nach einem Halbjahr 4 Ferientage bezahlt erhalten. Da ein Malergehilfe fast nie diese Voraussetzungen erfüllen kann, so kann der Arbeitgeber das Gesetz nach Herzenslust übertreten. Dazu kommt, dass die Arbeitgeber eine geheime Abmachung getroffen haben, nach der sie Ferientage nur bezahlen, wenn sie durch das Gericht dazu verurteilt werden. Auch das Gesetz über die Arbeitsregelung nützt unsern Kollegen sehr wenig. Es verpflichtet die Arbeitgeber, Vorschriften für ihre Arbeiten zu verfassen, die dann vom Sozialministerium bestätigt werden. Dies gilt aber nur, wenn ein Arbeitgeber ununterbrochen Arbeiter beschäftigt, das aber kommt im Malergewerbe sehr viel nicht vor. Bei der Anwendung des Gesetzes werden die Rechte der Arbeiter durch ungunstige Auslegung seiner Bestimmungen vielfach eingeengt, so daß der finnländische Gewerkschaftsbund seine Aufhebung beantragt hat.

Das Gesetz über das Lehrlingswesen bringt unsern Berufe auch wenig Nutzen. Die Lehrlingsverhältnisse wurden früher durch Verträge zwischen dem Arbeitgeberverband und unserer Organisation geregelt, und das geschieht auch weiter so. Das Arbeitszeitgesetz bestimmt den Achtstundentag jedoch mit manchen Ausnahmen. Als 1918 die Arbeit abgeordnet mit Gewalt aus dem Reichstag entlassen wurden, wurde das Gesetz verschlechtert; danach konnte die Regierung nach eigenem Ermessen den Arbeitgebern die Verlängerung des Arbeitstages erlauben. Wovon natürlich alljährlich reichlich Gebrauch gemacht hat. Für die Arbeitslosen zahlt unser Verband keine Unterstützung. Und dabei steht jeden Winter, vom 1. zember bis März, unser Beruf völlig still, nachdem aus schon vom September an nur etwa die Hälfte unsern Kollegen Arbeitsgelegenheit findet. Unser Verband kämpft unausgesetzt für eine Besserung der bestehenden ungunstigen Zustände, und das geschah nicht ohne mancherlei Erfolge.

Verschiedenes.

Im Postverkehr treten vom 1. Juni d. J. an folgende Änderungen ein: 1. Drucksachen, bei denen handschriftlich oder mechanisch nur Firma, Name, Stand und Wohnort nebst Wohnung des Absenders, seine Fernsprechnummer, die Telegrammschrift und der Telegrammschlüssel sowie sein Postfach- oder Bankkonto nachgetragen oder geändert sind. Diese Art von Drucksachen werden als Vollbrucksachen bezeichnet. 2. Drucksachen, die außerdem noch bestimmte weitere Änderungen oder Zusätze aufweisen, heißen Teildrucksachen. Bei allen Drucksachen ist es gestattet, eine innere mit der äußeren übereinstimmende Aufschrift handschriftlich oder mechanisch anzugeben. Die Vollbrucksachen werden in der untersten Gewichtsstufe (bis 50 Gramm) gegen eine Gebühr von 8 Pf. und die Teildrucksachen gegen eine Gebühr von 5 Pf. befördert. Im übrigen bleiben die Gebührensätze in den andern Gewichtsstufen für beide Klassen unverändert. Die Einschreibgebühr ist auf 80 Pf. festgesetzt. Die Paketgebühr beträgt bei einem Gewicht bis 5 kg in der ersten Zone 40 Pf., in der zweiten 80 Pf. und in der dritten 80 Pf., über 5 bis 6 kg 45 Pf., 90 Pf. und 1,20 M., über 6 bis 7 kg 50 Pf., 1 M. und 1,60 M., über 7 bis 8 kg 55 Pf., 1,20 M. und 2 M., über 8 bis 9 kg 60 Pf., 1,40 M. und 2,40 M., über 9 bis 10 kg 65 Pf., 1,80 M. und 2,80 M. Pakete über 10 kg müssen entsprechend höher bezahlt werden.

Eine Handwerksausstellung in Kiel. In Kiel findet vom 21. bis 30. Juni 1924 anlässlich der Tagung des Nordwestdeutschen Handwerkerbundes eine Handwerksausstellung statt, der die Räume der Nordischen Messe zur Verfügung gestellt worden sind. Die Ausstellung ist für alle handwerklichen Erzeugnisse aus Nordwestdeutschland offen. Außerdem ist die Ausstellung aller derjenigen Produkte, die für die handwerkstümliche Herstellung benötigt werden, wie Rohstoffe, Halbfabrikate, Maschinen und Werkzeuge durch Firmen aus dem Deutschen Reich, zugelassen. Die Organisation und Durchführung der Ausstellung hat der Nordwestdeutsche Handwerkerbund dem Kommando der Nordischen Messe in Kiel, Klübe 27/28, übertragen, an das alle Anfragen und Anmeldungen zu richten sind. Als Anmeldebefehl ist der 30. Mai vorsehen.

Für Kunstgewerbe. Vom 31. August bis 6. September wird gleichzeitig mit und im Rahmen der Leipziger Messe wieder im Neuen Rathaus die XI. Entwurfs- und Modellmesse stattfinden. Es werden künstlerische Entwürfe für alle auf der Leipziger Messe vertretenen Industrien zugelassen. Der Ausstellungsplatz ist für Künstler kostenlos. Auskunft durch das Leipziger Messeamt.

Literarisches.

Die dritte Säule der kommunistischen Politik — die internationale Arbeiterhilfe. Unter diesem Titel hat der Vorstand des ADGB eine Aufklärungsschrift herausgegeben, die einen Einblick in die wirklichen Absichten und Zwecke der internationalen Arbeiterhilfe für Sowjetrußland (IAG) gewährt. Es wird dargelegt, daß die IAG eine internationale Organisation zur Bekämpfung der Gewerkschaften und aller nichtkommunistischen Arbeiterorganisationen ist.

Vom 25. bis 31. Mai ist die 22. Beitragswoche.

Sterbetafel.

Breslau. Am 21. April starb unser Kollege Kurt Röhner im Alter von 30 Jahren. Chemnitz. (Zahlstelle Frankenberg.) Am 6. Mai starb nach langem Krankenlager unser Kollege Otto Uckermann im Alter von 60 Jahren. Münster. Am 15. Mai starb infolge eines Schlaganfalls im Alter von 68 Jahren unser Mitglied H. Tilette. Oberrhein. Am 9. Mai starb nach langer Krankheit unser Kollege Paul Wittner im Alter von 40 Jahren. Stettin. Am 9. April starb unser Mitglied Wilhelm Rubbert und am 21. April starb unser Mitglied Hermann Schulz. Ehre ihrem Andenken!

Anzeigen
Wagenlackierer
der Schriftmalereien selbständig ausführen kann, sofort gesucht.
Kiel, Stiftstr. 19 G. B. Scholz & Sohn.
Mehrere tüchtige Malergehilfen gesucht.
R. Leonhardt Chemnitz, Schulstr. 6.
= Malergehilfen =
jaubere, selbständige Arbeiter, stellen ein
Jessen & Christiansen, Fienburg, Großestraße 42